

VEREINIGUNG
ÖSTERREICHISCHER
INDUSTRIELLER

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1017 W i e n

Z. Kojek
GESETZENTWURF
22-GE/1983
Datum: 5. SEP 83
Verf. 1983-09-12 fe

Wien, 1983 09 02

Dr.Br/Sve/216

In der Beilage übermitteln wir Ihnen 25 Exemplare unserer
Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen, mit denen die Wohnbei-
hilfe abgeschafft und eine Neuverteilung der betreffenden
Mittel geregelt werden soll.

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER INDUSTRIELLER

Dr. Stummvoll

Dr. Brauner

Anlagen

VEREINIGUNG
ÖSTERREICHISCHER
INDUSTRIELLER

An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 W i e n

Zl. 3o.4o5/51-V/1/1983

1983 o9 o2

Dr.Br/Sve/215

Wir danken für die Übermittlung der mit obiger Aktenzahl übersandten Gesetzentwürfe, die die Abschaffung der Wohnungsbeihilfe, flankierende Maßnahmen hiezu sowie eine Neuverteilung der dadurch eingesparten Mittel beinhalten und erlauben uns, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Gegen die vorgesehene Abschaffung der Wohnungsbeihilfe erheben wir keine Bedenken.
2. Hinsichtlich der Ersatzmaßnahmen für bedürftige Personen vertreten wir die Auffassung, daß die vorgeschlagene Neuregelung nicht ausreichend an der tatsächlichen Bedürftigkeit orientiert ist. Insbesondere erscheinen uns die Bezieher von Versehrtenrenten aus der Unfallversicherung finanziell keineswegs generell so schlecht gestellt, daß sie mit den Beziehern von Ausgleichszulagen gleichbehandelt werden müßten. Wir regen an, nochmals die tatsächliche Berechtigung der für einen Weiterbezug vorgesehenen Gruppen zu überprüfen.

3. Wir fordern mit allem Nachdruck, die durch den Entfall der Wohnungsbeihilfen zu erzielenden Einsparungen den Arbeitgebern zu belassen. Es ist bedauerlicherweise typisch für die Haltung der österreichischen Regierung gegenüber den Unternehmern, die viel zu den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beigetragen hat, daß im Falle notwendiger Belastungen mit größter Selbstverständlichkeit sofort die Arbeitgeber herangezogen werden, daß aber im Falle möglicher Leistungseinsparungen auch nicht im entferntesten daran gedacht wird, auch einmal die Arbeitgeber zu entlasten.
4. Unbeschadet unserer zuvor geäußerten Forderung halten wir die in den Entwürfen vorgeschlagene Regelung bezüglich der Mittelverwendung auch im Detail für völlig ungerechtfertigt. Zunächst erscheint uns die Gleichsetzung der bisherigen Arbeitgeberbelastungen mit einem zusätzlichen Beitrag zur Pensionsversicherung in der Höhe von 0,6 % schon rein rechnerisch falsch. Es wird sogar in den Erläuternden Bemerkungen zugegeben, daß sich dadurch die Belastung "geringfügig" erhöht. Daß diese Erhöhung aber keineswegs geringfügig ist, wenn man sie über mehrere Jahre hin betrachtet, geht aus der Tatsache hervor, daß die Wohnungsbeihilfe bisher mit S 30.-- ein fixer Betrag war, ein Beitrag zur Pensionsversicherung aber Jahr für Jahr durch das Steigen der Beitragsgrundlagen wächst, und solcherart eine automatische Dynamisierung der Belastung verankert wird.

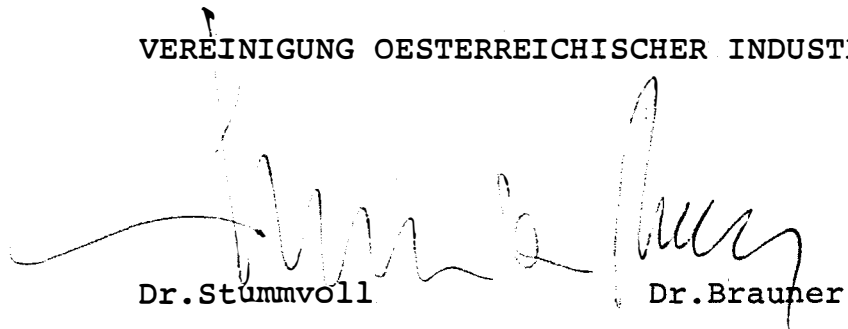
Ebenso lehnen wir die vorgesehene Umleitung der Gelder in den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger nachdrücklich ab. Während in der Vergangenheit die überschüssigen - ausschließlich von den Arbeitgebern finanzierten - Mittel den notleidenden Sozialversicherungsanstalten der

Selbständigen zugute gekommen waren, sollen diese künftig vollkommen von der Mittelzuteilung aus diesem Titel ausgeschlossen werden. Dies ist für uns keinesfalls annehmbar. Wir vertreten vielmehr die Auffassung, daß diese Gelder, die bisher unter dem Begriff "Wohnen" zweckgebunden waren, auch weiterhin diesem Zweck dienen sollen; sie wären daher für den sozialen Wohnbau zur Verfügung zu stellen.

Allenfalls könnten wir uns als Minimalforderung vorstellen, die Sozialversicherungsanstalten der Selbständigen in den Kreis der Nutznießer des Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger einzubeziehen, um ihnen wenigstens in bescheidenem Maße eine Beteiligung an den eigenen Geldern zu ermöglichen.

25 Exemplare dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

VEREINIGUNG OESTERREICHISCHER INDUSTRIELLER



Dr. Stummvoll Dr. Brauner